

Demo gegen Containerdorf in Ensdorf

ENSDORF (bub) Am Samstag trafen sich rund 50 Demonstranten auf dem RAG-Gelände in Ensdorf, um gegen das künftige Containerdorf für Flüchtlinge zu protestieren. Die Aktion 3. Welt Saar, die Seebrücke Saar und der Saarländische Flüchtlingsrat hatten zu der Kundgebung aufgerufen. Rund um das Containerdorf hatten sich auch Polizeibusse postiert, dazu kamen Zivilkräfte und Reserveeinheiten. Am Ende waren es mehr Beamte als Demonstranten vor Ort. „Wir hatten mehr Resonanz erwartet, weil auf mehreren Kanälen für den Protest geworben wurde und wir auch mit der Fußball-Fanszene gerechnet haben“, sagte ein Polizeisprecher, der aber zufrieden war, einer friedlichen Kundgebung beizuhelfen zu können.

Mehrere Organisationen prangerten das geplante und fast bezugsfertige Containerdorf als „menschlich unwürdig“ an. Tobias Schunk vom Saarländischen Flüchtlingsrat bezeichnete es als „weiteren Baustein

einer desolaten und fantasielosen Flüchtlingspolitik des Saarlandes.“ Die Unmenschlichkeit der Flüchtlingspolitik zeige sich in routinierten Abschiebungen, der Arbeitsverweigerung der Zentralen Ausländerbehörde, der Behinderung von Rechtsansprüchen Geflüchteter und der Tristesse in der Landesaufnahme-

stelle Lebach. Die Unterbringung dort mache Menschen krank. Und in Ensdorf werde das noch schlimmer. Das in Lebach sei „Bouillonsche Abschreckungspolitik“, sagte Schunk.

Gertrud Selzer von der Aktion 3. Welt Saar fügte hinzu, dass man im Tierschutzgesetz an die Unterbringung von Hunden höhere

Anforderungen stelle, als an die Unterbringung von Flüchtlingen. Die saarländischen Bürgermeister würden sich teils redlich bemühen. Sie seien keine Rassisten. Vielmehr badeten sie jahrelange Fehlplanungen aus. Den Grundstein für die Wohnungsnot habe man schon vor 30 Jahren gelegt, als man keine Wohnungen plante und die Landesaufnahmeeinrichtung Lebach zur Dauereinrichtung werden ließ. Nun zeichne sich in Ensdorf eine gleiche Entwicklung ab.

Dilan Aktogan vom Flüchtlingsrat und Marie Schmitz von der Seebrücke Saar sehen das ebenso. Die Seebrücke warf der Landesregierung Rassismus vor, weil Ukrainer deutlich besser behandelt würden als andere Flüchtlinge. Aktogan kritisierte, dass man in Ensdorf vor allem Syrer und Afghanen hinter bewachten Zäunen unterbringen wolle. Daher wurde einhellig gefordert, das Containerdorf Ensdorf gar nicht erst zu eröffnen.



50 Menschen protestieren am Samstag vor dem fast bezugsfertigen Containerdorf für Flüchtlinge in Ensdorf gegen diese Art der Unterbringung. FOTO: BECKERBREDEL